

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Halle geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gertrud:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht. — **Bezugs-Verhältnisse** nehmen außerordentlich entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bleimaring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bleimaring die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Wg. für deutsche Anzeigen; 35 Wg. für ausländische Anzeigen; 1.25 M. für deutsche Anzeigen; 2.50 M. für ausländische Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — **Anzeigen-Nachnahme:** für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Donnerstag, 28. November 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 555. • 66. Jahrgang.

Erfolgreiche Einsprüche der Waffenstillstandskommission.

W. T.-B. Ludwigshafen, 27. Nov. (Drahtbericht.) Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach einer Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Entente-Truppen die Ortschaften an der Südgrenze der Pfalz, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Anscheinend erfolgt die Räumung auf Grund des Einspruchs der Waffenstillstandskommission.

W. T.-B. Berlin, 27. Nov. (Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Vorsitzende ein Telegramm folgenden Inhalts mit: Auf Befehl von Marshall Foch verfahren die Truppen in Elsass-Lothringen entsprechend dem Fortschreiten der französischen Truppen bis zu den Pfosten der Vorposten. Diese dürfen weder in der einen noch in der anderen Richtung übergriffen werden; ausgenommen sind die Lebensmitteltransporte. Eine Regelung des Personenverkehrs folgt. Dringlich ist die Herbeischaffung der notwendigen Mittel für die Industrie in Elsass-Lothringen. Dies gilt besonders für Holz aus der Umgebung für Dörschleifen, dessen Veranlassung seit dem 10. November bereits zugelassen ist. Der Telegramm- und Telefonverkehr nach Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf damit gerechnet werden, daß im Lauf der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsass-Lothringen zu erwarten sind. Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

W. T.-B. Bern, 27. Nov. Der französische Kommissar in Straßburg Keringer erklärte laut „Petit Parisien“ mehreren alliierten Pressevertretern gegenüber ausdrücklich, daß das kompromittierte und delikate Instrument der deutschen Verwaltungsmaschine, wie es bisher im Elsass funktionierte, nicht ohne weiteres umgeworfen werden könnte. In demselben Sinne verlangt der frühere Reichsstaatssekretär Weill im „Petit Parisien“, daß die deutsche Verwaltung im Elsass vorläufig beibehalten und die deutschen Beamten lediglich durch französische ersetzt werden sollen.

Frankfurt a. M. als neutrale Zone?

W. T.-B. Frankfurt a. M., 27. Nov. (Drahtbericht.) Dem Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat ist auf eine Anfrage bei der Reichsregierung folgende Antwort zugegangen: Berlin, 27. Nov. Dort verbreitete Gerüchte, daß Franzosen Frankfurt besetzen, entbehrt jeder Begründung. Verhandlungen darüber, daß Frankfurt mit sämtlichen Vororten der neutralen Zone einverleibt wird. Das Resultat dieser Verhandlungen wird mitgeteilt, sobald die Antwort hier eintrifft.

Der deutsche Wunsch auf Fristverlängerung der Eisenbahn- und Lieferungen.

W. T.-B. London, 27. Nov. (Drahtbericht.) Reuter erzählt, daß sich erklärt habe, daß sich die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen hinsichtlich der Auslieferung der Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. immer schwieriger gestalten infolge der schlechten Zustände des rollenden Materials. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Frist für die Auslieferung bis zum 1. Januar verlängert wird.

Die Frage der Freiheit der Meere.

W. T.-B. London, 27. Nov. (Drahtbericht.) Reuter.) Am Laufe seiner Rede in Dundee erklärte Churchill in Beantwortung über die Frage der Waffenstillstandsbedingungen: Wir sind völlig ungebunden hinsichtlich der Freiheit der Meere. Die deutsche Nation als Ganzes war an diesem Angriffskrieg schuldig. Sie haben alle dafür zu zahlen. Jeder einzelne Deutsche, der bestimmten Brücken des Krieges zu Lande oder zur See überführt werden kann oder nachweislich Gefangene grausam behandelt, sollte vor Gericht gestellt und wie ein Verbrecher bestraft werden, wie hochgestellt er auch sei. Die juristischen Berater der Alliierten sind beschäftigt, diese Frage zu prüfen, damit wir imstande sind, unsere Interessen gegen die Schuldigen vorzubereiten.

Das Todesurteil der U-Boote auf der Friedenskonferenz?

W. T.-B. London, 27. Nov. (Drahtbericht.) Reuter.) Wie die „Times“ aus New York aus gut unterrichteter Quelle erfährt, wird die amerikanische Friedensdelegation für eine völkerrechtliche Bestimmung eintreten, wonach die Unterseeboote als Waffe gegen den Handel vollständig ausgeschaltet werden.

Unsere in Spanien internierten U-Boote.

W. T.-B. Bern, 27. Nov. Der „Progrès de Lyon“ meldet aus Jertol, daß das deutsche U-Boot „U. C. 48“ wieder ausbesserung in das Morinearsenale gebracht wurde. Man erwartet einen englischen Kreuzer, der von diesem und einem anderen gleichfalls internierten U-Boot Besitz nehmen soll.

Das Ententegezwader im Schwarzen Meer.

W. T.-B. Paris, 27. Nov. (Drahtbericht.) Ein alliierter Geschwader von 5 Schlachtschiffen, 2 Kreuzern und 9 Zerstörern unter dem Befehl des englischen Admirals Colthorpe ist am 25. d. M. nach Sewastopol abgefahren. Ein Kreuzer, zwei Zerstörer und ein Unterseeboot waren dem Geschwader vorausgeschickt.

Eine deutsche Einladung an Wilson?

Br. Berlin, 27. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Einflußreiche Kreise suchen auf die neue Regierung dahin zu wirken, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson gerichtet werde, auch Deutschland oder einen deut-

lichen Hafen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz nach Europa begeben sollte.

W. T.-B. Bern, 26. Nov. Der „Petit Parisien“ berichtet, daß der französische Vorkämpfer in Washington den Präsidenten Wilson begleitet. Wilson wird in Abänderung seines ursprünglichen Programms zuerst nach Paris kommen.

Eine Pariser Sozialistenkundgebung.

W. T.-B. Bern, 27. Nov. Dem „Populaire“ zufolge fand am Sonntagabend in Paris im Cirque d'hiver des große Meeting der Confédération générale du Travail zur Feier des Abchlusses des Waffenstillstands statt. Über 10 000 Arbeiter nahmen daran teil. Mehrere tausend Arbeiter mußten abgewiesen werden. Nourouy nahm Stellung gegen jede terroristische Annexion und verlangt die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker im Rahmen des Völkerbundes. Als weiterer Redner verlangte Wibegaret die Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Transportmittel. Nachher richtete Johann einen brüderlichen Gruß an das deutsche Proletariat. Das französische Proletariat müsse die Appelle des deutschen Proletariats beantworten, sonst drohe der deutschen Revolution wie vorher der russischen, eine Entzweiung nach Schluß der Zusammenkunft marschierten um 11 Uhr abends geschlossene Truppe nach der Rue de la République, wo die Internationale gesungen wurde.

Das Verlangen nach Auslieferung Wilhelms II.

W. T.-B. Paris, 26. Nov. (Sabas-Meldung.) Der Professor an der Rechtsfakultät Berthelme veröffentlicht im „Matin“ einen langen Artikel, in dem er zum Schluß sagt: Die vom Kaiser befohlenen Grausamkeiten sind selbst im Kriegszustand durch das Völkerrecht und das internationale Recht verdammt und bilden Verbrechen gegen das gemeine Recht. Der Kaiser ist rechtlich strafbar als Missethater der Grausamkeiten, die er im Widerspruch mit den Kriegsgesetzen zu begehen befahl. Folglich kann Wilhelm ausgeliefert werden.

W. T.-B. London, 27. Nov. (Drahtbericht.) Reuter erzählt, daß das Kriegskabinett dem Rechtsberater der Krone den Auftrag gegeben hat, über die Frage des jetzigen Aufenthaltsortes des Kaisers und über die Rechtslage des Kaisers Bericht zu erstatten.

Teilweise Wiederaufnahme der englischen Ausfuhr.

W. T.-B. London, 27. Nov. (Drahtbericht.) Reuter.) Der Direktor des Kriegshandelsamtes kündigt an, daß der Ausfuhrhandel nach Holland und unter Lizenz wieder aufgenommen werden kann. Das Kriegshandelsamt ist bereit, Ausfuhrgesuche entgegenzunehmen. Diese Erklärung bezieht sich aber nicht auf Baumwollwaren, Wolle und Wollwaren, über die noch besondere Bekanntmachung erfolgt.

Die früheren Friedensversuche.

Ni. Wien, 27. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus dem Haag: In diplomatischen Kreisen wird folgendes mitgeteilt: Noch vor Beginn der großen deutschen Offensive, die im Frühjahr 1918 erfolgte, hatten britische Verhandlungen zwischen englischen und französischen Stellen und österreichisch-ungarischen inoffiziellen Vertretern das Resultat erzielt, daß man auf beiden der Alliierten bereit war, in eine Friedensvermittlung einzutreten, und zwar unter Bedingungen, die für die damaligen Verhältnisse immerhin sehr günstig waren. Deutschland hätte Belgien räumen und zwei Drittel einer feststehenden Entschädigungssumme zahlen müssen, während die Alliierten bereit waren, ein Drittel der Entschädigungssumme zu tragen. In Elsass-Lothringen hätte eine Selbstbestimmung über dessen Zukunft zu entscheiden gehabt, wobei der Prozenzfuß der seit 1870 ausgewanderten Bevölkerung zwischen Frankreich hätte mit eingerechnet werden müssen. Abtretung der Gebiete Südtirol an Italien, Internationallisierung von Triest, Serbien, Montenegro und Rumänien hätten sofort gesamt werden und eine Entschädigung von den Mittelmächten erhalten müssen, wobei noch die Alliierten zu einer prozentualen Beteiligung bereit waren. Rückgabe der deutschen Kolonien. In diesem Moment sollte die Note des Grafen Buriat erscheinen, durch die er die Kriegführenden zur Konferenz über die Friedensfrage einladen wollte. Die Note hätte zur Einberufung der Konferenz geführt, auf der über den Frieden unter den genannten Bedingungen hätte beschlossen werden sollen. Das Hindernis für die Ausführung dieses Schrittes bildete Ludendorff, der den österreichisch-ungarischen Diplomaten antwortete: „Nicht und nie!“ In seiner Umgebung äußerte sich Ludendorff dahin, man müsse sich in Wien mit dem Friedensschritt sehr beeilen, wenn man nicht zu spät kommen wolle. Vierundzwanzig Stunden später begann die deutsche Offensive. Als Graf Buriat Mitte September seine Note erstlich, war es bereits zu spät.

Bayerisches Verlangen nach Bestrafung der Schuldigen.

W. T.-B. München, 27. Nov. (Drahtbericht.) Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat des provisorischen bayerischen Nationalrates fordert die schnellste Einsetzung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich zur Untersuchung und Beurteilung derjenigen Personen, die durch ihr verbrecherisches Treiben den Weltkrieg herbeigeführt sowie die Verewigung des Krieges durch einen Verhängnisvollen Frieden vereitelt und somit den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet haben. Ferner verlangt er strengste Bestrafung aller jener, die auf betrügerische Weise sich während des Krieges bereichert haben.

Rücktritt eines ungarischen Ministers.

W. T.-B. Budapest, 27. Nov. (Drahtbericht.) Der Minister des Innern Theodor Bettshaus hat sein Entlassungsgesuch zurückgezogen.

Herr v. Bethmann Hollweg zu den bayerischen Veröffentlichungen.

W. T.-B. Berlin, 27. Nov. (Drahtbericht.) In der Veröffentlichung Herrn v. Bethmann Hollwegs in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (vergleiche gestrige Abend-Ausgabe) heißt es weiter: Mit diesen Zuständen umsteht Deutschland rechnen, wenn es die Bedeutung der jetzigen Nachschüsse gegen Österreich-Ungarn richtig einschätzen wollte, und das war der Grund, der einzige Grund, weshalb Deutschland dem Vorgehen gegen Serbien zustimmte. Taktisch Österreich-Ungarn tatenslos seine weitere Unterminierung, so mußte Deutschland einem Zustand entgegenstehen, wo es, sozusagen handlungslos der auf die russische Allianz und die englische Fremdenpolitik gestützten Revanchepolitik Frankreichs allein gegenüberstand. Wie wenig es in unserer Abzucht lag, einen allgemeinen Krieg zu entfeuern, ergibt sich aus unserer gesamten nützlichen Situation. Sie erinnern sich, daß wir das Wiener Kabinett energisch aufzuleben, das zwischen ihm und dem Petersburger Kabinett entstandene Mißverständnis zu beseitigen und ihm in der schärfsten Form zu erkennen gaben, wie wir zwar bereit seien, unsere Bundespflicht zu erfüllen, es aber ablehnen müßten, uns durch Österreich-Ungarn durch die Nichtbeachtung unserer Pflichten in den Weltbrand hineinziehen zu lassen. Glauben Sie, daß man einem eigenen Bundesgenossen gegenüber eine solche Sympathie hätte, gleichzeitig aber den Krieg will, den man ohne diesen Bundesgenossen gar nicht ausführen kann! Glauben Sie, daß endlich, wie infolge unserer Bemühungen die Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg in Bezug kam, als Russland plötzlich entgegen den uns ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobil machte und daß diese Mobilisierung der Krieg war, der von einer allmächtigen Partei ausging, die der russischen Allianz, die man seit den Entscheidungen des Prozesses von Constaninow kein Mensch mehr einen Zweifel haben. Das sind Tatsachen, die durch nichts aus der Welt geschafft werden können. Und die Schuld am Krieg aufzubürden, heißt, die Gegner für Schuldlos zu erklären, die Verantwortlichkeit für eine getriebenen haben, die sie nur bei einer triebhaften Exploitation verurteilen konnten, es uns aber zu verwehren und dagegen aufzutreten, das ist nicht recht, das ist unrecht. Wie kam es nun, daß trotz dieser Tatsachen über die ich soeben im Reichstag wiederholt gesprochen habe, die Schuld Deutschlands an der Überzeugung der ganzen Welt geworden ist. Auch darüber will ich meine Ansicht ganz offen aussprechen. Ich sehe ja den Tag herbei, wo ich dazu beitragen, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Et die bayerische Regierung den jetzigen Moment zu ihrer Veröffentlichung richtig gewählt hat, kann ich nicht beurteilen, weil mir ihre Motive unbekannt sind. Ich fürchte, auf einseitige und fragmentarische Publikation kann nur Verwirrung entstehen und Zweifel, ob es richtig ist, in diesem Moment, wo wir dem Frieden entgegenzusehen sollen, die Lebensschancen neu aufzusuchen. Darum will ich meinerseits jetzt nicht von der Propaganda sprechen, mit der es unsere Gegner verbunden haben, durch Bildung von Wehrem und Falschem und bei der gesamten Menschheit in Mißkredit zu bringen, sich selbst aber als die alleinigen schuldlosen Verfechter aller großen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen. Ich will vielmehr ganz offen und nüchtern von dem Teil der Schuld sprechen, der uns selbst an dem Weltunheil trifft. Zunächst ein kurzes Wort über Belgien. Es ist bekannt, wie die ungeliebte Not- und Zwangslage, welche unseren Einmarsch in Belgien herbeiführte, uns nicht nur den Ruf von Barbaren, sondern auch den Vorwurf der am Krieg Schuldigen eintrug. Ich habe am 4. August offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Sie wissen, wie mir meine damaligen Worte später von einem großen Teil unserer öffentlichen Meinung als Verbrechen angesehen wurden. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen; ich habe ihnen nichts hinzuzufügen. — Dann Elsass-Lothringen. Präsident Wilson fordert bekanntlich in seinen 14 Punkten Wiedergutmachung des Unrechtes, das Frankreich durch Vrechen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsass-Lothringens angedrungen worden sei, das, wie der Präsident sich ausdrückt, den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage gestellt habe. Eine Auseinandersetzung darüber, ob Deutschland mit seiner Annexion im Jahre 1871 ein Unrecht begangen hat, über ob jene Annexion von dem Standpunkte des internationalen Rechts und Unrechtes ähnlich wie die geschehenen Annexionen zu beurteilen ist, die unsere jetzigen Gegner im Laufe der Geschichte für sich vorgerommen haben, eine Auseinandersetzung darüber würde jetzt wohl kaum zum Ziele führen. In den Worten des Präsidenten steht aber — ich darf das hervorheben — die Anerkennung der Annexionen, daß es im weltlichen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Auswerb Elsass-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen. Unsere Schuld aber erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsass-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, welche seinen Bewohnern den Wechsel ihrer nationalen Zugehörigkeit allmählich vergessen ließ, und welche es zugleich hätte verhindern können, daß in großen Teilen der Welt allmählich das Gefühl von einem gewaltigen, von uns im Jahre 1871 begangenen Unrecht entstand, ein Gefühl, das im Jahre 1871 speziell in England und Amerika durchaus nicht Gemeingut war. Englands Beispiel hat in der Weltgeschichte häufig gezeigt, in welcher Weise Grausamkeiten von Eroberungen allmählicher Vergessenheit überliefert werden. Der allmähliche Wandel der Vergangenheit, daß wir durch die Mängel unseres Nationalcharakters und die Schwächen unseres allgemeinen Gedankens zu der kriegerischen Nachbarschaft beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation abgelehnt werden konnten, sind wiederholt gefallen. All-deutsche Treibereien haben uns im Ausland und im Innlande den großen Schmutz beigefügt; vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvolle Gegenstände führte. Dazu manningliche Mängel in unserer inneren Politik. Erleben Sie mir in dieser Stunde, wo wir nach 44-jährigem, bestmöglichen Kampf unserer Truppen wehrlos dastehen, noch so gewaltige innere Forderungen den Volkstörper erheben machen, noch weiter im eigenen Reich und vor uns zu stehen. Wie ich die Verantwortung, die unsere Gegner trifft, nur in ihren großen Momenten fixiert habe, so auch unseren Teil an der Schuld. Die Weltgeschichte mag richten. Nur wer sich selbst und für der Wahrheit ins Licht stellt und sehen kann, hat ein Recht auf Verzeihen. Frei werden wir dahinter gegenüber eigener Schuld, aber wenn uns das Schicksal noch so hart geschlagen hat, und wahre Befehle lassen wir uns nicht von ihm nicht abbringen. Wir sind keine Pharisäer, aber wir sind auch keine Sclaven. Gerade in tiefster Unglück behalten wir den feinsten Willen, auch in schwerster Zukunft mitarbeiten zu wollen an dem großen Aufgaben der Menschheit, die das Weltunheil dieses Krieges mit blutigen Leiden an das Firmament geschrieben hat.

